

„Die Gasumlage sichert die Gewinne der Energiekonzerne“

Stand: 07:01 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten

Von Nick Kaspers

„Bürger werden belastet für Unternehmen, die Milliarden Übergewinne machen“ – Amira Mohamed Ali (Linke) kritisiert die Gasumlage bei „Hart aber fair“ scharf. Anders sieht es FDP-Politiker Christian Dürr. Er nennt Details zum dritten Entlastungspaket.

„Wir stehen vor einem Wohlstandsverlust. Das müssen wir durch gezielte Maßnahmen für gezielte Gruppen kompensieren, aber die gesamte Gesellschaft kann nicht davor bewahrt werden“ – Wirtschaftswissenschaftler Michael Hüther zeichnete bei „Hart aber fair“ am Montag ein düsteres Bild.

Die Sendung drehte sich wie schon in der vergangenen Woche um die Folgen der steigenden Energiepreise und eines möglichen Gasmangels im Winter. Die Gäste stritten darum, wie Bürger entlastet werden können. Für Gasverbraucher wird das Heizen in Zukunft nämlich noch teurer: Zum einen, weil die Gaspreise in Europa stark ansteigen

(/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/wirtschaft_nt/article240602671/Gaspreis-steigt-noch-hoher.html); zum anderen, da Verbraucher ab Oktober eine Gasumlage in Höhe von etwa 2,4 Cent pro Kilowattstunde zahlen müssen (/wirtschaft/energie/plus240556219/Gasumlage-Der-wahre-Preis-Schock-droht-vielen-Deutschen-bei-der-Daemmung.html).

Neben Hüther waren Christian Dürr (FDP), Amira Mohamed Ali (Linke), Udo Sieverding (Verbraucherzentrale NRW) und Renate Rönnau (Rentnerin) bei Frank Plasberg zu Gast. Für ihn war es die erste Sendung nach der Ankündigung, dass er im November als Moderator von „Hart aber fair“ aufhört.

„Möchte nicht in meinem eigenen Wohnzimmer sitzen und zwei Pullover und eine Strickjacke anhaben“

„Ein Pullover ist kein Problem, aber ich möchte nicht in meinem eigenen Wohnzimmer sitzen und zwei Pullover und eine Strickjacke anhaben“, sagte Rentnerin Renate Rönnau (73) in der ARD-Sendung. Sie wohnt in einer 65-Quadratmeter-Mietwohnung, lebt von einer

Witwenrente in Höhe von 1.200 Euro pro Monat und vertritt damit eine der Gruppen, die mit den hohen Energiepreisen besonders zu kämpfen hat: die Rentner.

„Ich muss mir Geld auf die Seite legen, weil die dicke Rechnung auch vor mir nicht hält macht“, meinte sie. Sie müsse sich überlegen, ob sie sich ihre Theater-Besuche oder Treffen mit Freunden im Café überhaupt noch leisten könne. Auch gehe sie gezielter und sparsamer einkaufen.

Doch wie sollen Menschen wie Renate Rönnau entlastet werden? Darüber berät zurzeit die Ampel-Koalition. Kanzler Olaf Scholz (SPD) hat ein drittes Entlastungspaket angekündigt. Unklar ist noch, wer wie genau entlastet wird und bei welchem Monatseinkommen die Regierung die Grenze zieht ([/wirtschaft/plus240581953/Entlastungspaket-Bis-zu-welchem-Einkommen-soll-der-Staat-seine-Buerger-entlasten.html](#)).

Dazu äußerte sich bei „Hart aber fair“ Christian Dürr, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion: „Was wir für Rentnerinnen und Rentner tun können, die es gerade schwer haben, ist, dass wir beim Thema Wohngeld nachlegen.“

FDP-Politiker Dürr kündigt Entlastung für Rentner an

Vom Heizkostenzuschuss würden bereits Rentner profitieren. „Im zweiten Schritt müssen wir schauen, dass man das Wohngeld ausweitet und dort die Heizkosten abgesichert werden.“ Das solle bis zum 1. Januar geschehen. Auch wenn weiterhin einiges im Unklaren bleibt, wurde Dürr konkreter als SPD-Chefin Saskia Esken, die in der vergangenen Sendung Details zum Entlastungspaket ausließ ([/vermisches/article240500431/Hart-aber-fair-Alle-werden-lernen-muessen-in-diesem-Winter-zu-verzichten.html](#)).

Dürr sagte, Kanzler Scholz und Vizekanzler Habeck (Grüne) würden bei ihrem aktuellen Besuch in Kanada versuchen ([/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/politik_ausland_nt/article240600049/Rohstoffe-Scholz-und-Habeck-auf-Schatzsuche-in-Kanada.html](#)), „die vermurkste Energiewende, die falsche Abhängigkeit von Russland wieder gutzumachen.“ Darauf sprang Energie-Experte Udo Sieverding an: „Wenn wir die Energiewende mit dem Ausbau der Energie-Effizienz konsequenter angegangen wären, wo wir jetzt jede Kilowattstunde einsparen wollen, hätten wir viel weiter sein können.“

Als einziger Vertreter einer Regierungspartei musste Christian Dürr die zusätzliche Belastung der Verbraucher durch die Gasumlage rechtfertigen. Er meinte, durch die Absenkung der Mehrwertsteuer auf den gesamten Gasverbrauch von 19 auf sieben Prozent ([/politik/deutschland/article240544799/Gas-Bundesregierung-senkt-Mehrwertsteuer-auf-sieben-Prozent.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/article240544799/Gas-Bundesregierung-senkt-Mehrwertsteuer-auf-sieben-Prozent.html)) würden die Verbraucher stärker entlastet, als sie durch die Umlage belastet werden. Michael Hüther, Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, meinte außerdem, bei der Umlage handele es sich um „Preissignale, um den Einsparreiz der Haushalte hochzuhalten.“

Übergewinnsteuer, um Krisen-Profiteure zu belasten?

Die Linken-Fraktionsvorsitzende Amira Mohamed Ali kritisierte die Ausführungen scharf. Die Regierung habe die Einführung der Gasumlage damit begründet, dass Unternehmen aufgrund von teuren Gas-Importen vor der Insolvenz gerettet werden müssten. Mittlerweile sei jedoch klar, dass auch gut verdienende Gas-Importeure von der Umlage profitieren könnten. „Das heißt, die Gasumlage wird erhoben, um die Gewinne der Energiekonzerne zu sichern.“

Amira Mohamed Ali brachte den Vorschlag einer Übergewinnsteuer vor, wie es sie bereits in Italien gibt: Damit sollen Unternehmen wie Mineralölkonzern belastet werden, die von der Energiekrise besonders profitieren und somit Übergewinne erzielen.

Wieder war Christian Dürr in Rechtfertigungsnot, denn während SPD und Grüne den Vorschlag befürworten, stellen sich die FDP und Finanzminister Christian Lindner (FDP) quer. „Mal davon abgesehen, dass es innovative Unternehmen wie Biontech oder die erneuerbaren Energien voll treffen würde, so sehen wir in Italien, dass die Steuer eins zu eins an die Verbraucher weitergegeben wird. Das zahlen am Ende die privaten Haushalte“, so Dürr.

Nord Stream 2-Öffnung? „Dann würden wir die Solidarität in Europa verlieren“

Zum Schluss der Sendung schaute Frank Plasberg mit seinen Gästen auf mögliche Optionen, wie man einen Gasmangel im Winter verhindern könnte. FDP-Vizechef Wolfgang Kubicki hatte sich in der vergangenen Woche dafür ausgesprochen

(/politik/deutschland/article240560467/Wolfgang-Kubicki-fuer-Inbetriebnahme-von-Nord-Stream-2-FDP-empoert.html), die Pipeline Nord Stream 2 zu öffnen, damit mehr Gas von Russland nach Deutschland fließt. Linken-Politikerin Amira Mohamed Ali meinte bei „Hart aber fair“, man müsse bei einer möglichen Gasknappheit über die Inbetriebnahme der Pipeline nachdenken: „Wenn wirklich die Frage gestellt wird: ,Entweder kein Gas oder Gas durch Nord Stream 2?‘, dann halt durch Nord Stream 2.“

Dem widersprach Wirtschaftswissenschaftler Michael Hüther: „Dann würden wir die Solidarität in Europa verlieren.“ Der Gas-Notfallplan der EU enthalte eine Versicherung, dass die Mitgliedstaaten Gas verteilen, wenn ein Land seine privaten Haushalte und öffentlichen Einrichtungen nicht mehr mit Gas versorgen kann. Außerdem sei Nord Stream 2 keine Alternative, weil Putin bewusst unklar mit Gas-Lieferungen in die EU umgehe: „Er will Unsicherheit organisieren. Das ist das, was uns am meisten schädigt.“

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240625429>